

Dr. Patrick Horst

*Claus Leggewie: America First? Der Fall einer konservativen Revolution, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1997, 319 S., DM 19,90; Michael Walzer, Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1996, 266 S., DM 22,90.*

Amerika ist anders und immer noch „exzeptionell“, schreibt Claus Leggewie im Vorwort zu seinem Amerikabuch. Die amerikanische Exzeptionalität ist ein immer wiederkehrendes Thema der Literatur über Amerika – dieser „first new nation“, die den Verfolgten, Notleidenden und Glücksuchenden dieser Welt über die Jahrhunderte hinweg als die Verheißung des Gelobten Landes erschien. Zwar gibt es „kein Land, das Amerika heißt“, wie Michael Walzer sagt – wohl aber gibt es eine Idee, die Amerika heißt: Es ist der Mythos vom amerikanischen Traum, wonach jeder – ungeachtet seiner Herkunft – seines eigenen Glückes Schmied sei. Und wie jeder Mythos beschreibt auch dieser einen nicht unerheblichen Teil der Realität: Für viele Neueinwanderer wurden die Vereinigten Staaten wenn nicht zum Gelobten, so doch zu einem besseren Land als ihr Herkunftsland.

Es ist dieser Mythos der ersten großen Einwanderergesellschaft der Moderne, in dem Michael Walzer das Herzstück der amerikanischen Demokratie sieht. Amerika ist besonders, weil es für seine Staatsbürger weder Vater- noch Mutterland ist. Darin liegt für Walzer Amerikas spezifisches Glück. Selbst noch die Nachfahren der Einwanderer wissen, daß ihre Wurzeln in einem anderen Land liegen. Ein diffuser Zwiespalt im Gefühl hindert sie, das Wort „Heimat“ auszusprechen. Die gebrochene Identität der Amerikaner – Walzer spricht von Bindestrich-Amerikanern, von

asiatischen, hispanischen und Anglo-Amerikanern – mag dazu beigetragen haben, daß Amerika bis heute von nationalistischen Exzessen verschont geblieben ist.

Michael Walzer zeichnet ein im großen und ganzen sympathisches Bild der amerikanischen Gesellschaft. Das „namenlose Amerika“, in dessen Geistestradiation er sich sieht, ist ihm gleichsam die Blaupause der „zivilen Gesellschaft“. Die Amerikaner können der Politik weit distanzierter und unaufgeregter gegenüberreten, weil in Amerika die Staatsbürgerschaft nicht wie anderswo an die Nationalität geknüpft ist. Wo sich „der Amerikaner“ vor allem über seine ethnische, religiöse und sprachliche Herkunft identifiziert – als Pole, Italiener oder Jude –, gerät der Staat nicht in Gefahr, als Ausdruck einer nationalen Wesenheit kulturell überhöht zu werden. Amerika ist und bleibt, so zwei immer wieder entliehene Zitate Walzers, eine „Nation von Nationalitäten“ oder eine „soziale Vereinigung sozialer Vereinigungen“.

Michael Walzer ist mittlerweile auch in Deutschland ein vielgelesener Autor. Er gilt hier als Kommunitarier. Seine Kritik am Leitbild des Laissez-faire-Liberalismus – des souveränen, aber amoralischen Konsumenten – und seine Wertschätzung ethnischer und religiöser Gemeinschaften legen diese Etikettierung nahe. In seinem neuen Buch beweist er jedoch, daß er mindestens ebensoviel mit den liberalen Pluralismustheoretikern gemeinsam hat wie mit den Kommunitariern. Dem kommunitaristischen Ideal des politisch aktiven, tugendhaften Bürgers, wie es zum Beispiel Rousseau oder Hannah Arendt gezeichnet ha-

ben, steht Walzer mit großer Skepsis entgegen. Nicht daß er das Ideal nicht für gut befände, aber er hält es für eine Illusion. An einer Stelle sagt Walzer die denkwürdigen Sätze: „Die Politik bietet weder Selbstverwirklichung noch enge Gemeinschaft an. Tiefe muß man anderswo suchen, und so sollte es sein.“

Die Erfolgsgeschichte Amerikas besteht darin, daß es über die Jahrhunderte hinweg immer offen für neue Einwanderergruppen geblieben ist, – und daß die ethnischen und religiösen Gemeinschaften Amerikas bis heute ihre Tiefe tatsächlich immer jenseits der Politik gesucht haben. Sie haben die „Kunst der Trennung“, wie Walzer sich ausdrückt, beherzigt. Dennoch hat es auch in Amerika – und Walzer verschweigt dies nicht – immer wieder Versuche der anglo-amerikanischen Bevölkerungsmehrheit gegeben, ihre kulturelle Hegemonie auch politisch durchzusetzen. Schon im 19. Jahrhundert gab es in Amerika starke „nativistische“ Bewegungen, die die Einwanderung vermeintlich „niederer“ Rassen zu verhindern suchten. Und immer wieder hat es auch in diesem Jahrhundert Rufe nach „Amerikanisierung“ gegeben, um die Tür für neue Einwanderer zu schließen oder zumindest deren kulturelle Assimilierung im amerikanischen Schmelztiegel zu fordern.

Der Schlachtruf „America First“, den Claus Leggewie zum Titel seines Buches gemacht hat, steht in der Tradition dieses amerikanischen Nativismus. „Amerika zuerst“ ist bis heute immer wieder Bestandteil einer jeden populistischen Revolte in den Vereinigten Staaten gewesen. Die Parole spricht seit jeher die fremdenfeindliche, isolationistische und protektionistische Ge-

mütslage des weißen „Middle America“ an. Sie erschallte deshalb auch laut und vernehmbar im Zuge der jüngsten „konservativen Revolution“, deren Beschreibung sich Leggewie vornimmt. Pat Buchanan, den Leggewie als den vorläufig letzten Vertreter des „paranoiden Stils in der amerikanischen Politik“ charakterisiert, hat den Schlachtruf „Amerika zuerst“ zu seinem Wahlkampfeslogan gemacht. Buchanan, aber lange nicht er allein, ist ein Beweis für Leggewies These, daß der Populismus die schlechten Politiker, die er attackiert, zugleich hervorbringt.

Nun könnte man sich damit beruhigen, daß Buchanan ohne Zweifel zum rechten Rand der Republikanischen Partei gehört – und allen seriösen Einschätzungen zufolge niemals die Chance hat, Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Den USA droht also kein Faschismus. Dennoch ist Leggewie zuzustimmen, wenn er die größere Gefahr für die amerikanische Demokratie in der populistischen Hoheit über die Stammtische sieht. Denn nicht nur die Republikaner, sondern auch die von Präsident Clinton angeführten Demokraten haben sich den Forderungen, wie sie ein Buchanan, ein Ross Perot oder selbst die paramilitärischen Milizen stellen, nicht verschlossen. Die Ironie oder auch schon Tragik der Amtszeit Clintons liegt darin – wie Leggewie überzeugend herausarbeitet – daß er die konservative Revolution, die er zu verhindern angetreten war, vollendet hat.

Amerika steht heute vor dem Paradox, daß den Konservativen unter der Ägide des Demokraten Clinton gelungen ist, woran sie zu Zeiten Reagans und Bushs noch gescheitert waren: Das

Wohlfahrtssystem des Bundes existiert praktisch nur noch auf dem Papier; die Förderprogramme für Schwarze und Frauen stehen unter Beschuß; immer mehr Einzelstaaten kriminalisieren die Abtreibung; und der Kampf gegen Drogen, gegen Kriminalität und für ein „tugendhaftes“ Amerika wird mit immer repressiveren Mitteln ausgefochten – wie auch der Kampf gegen illegale Einwanderer. Sogar das jus soli, welches alle in Amerika geborenen Personen automatisch zu Staatsbürgern macht und seit Mitte des 19. Jahrhunderts der Eckpfeiler der amerikanischen Einwanderergesellschaft ist, steht zur Disposition. Die „Religiöse Rechte“ mag somit zwar die Präsidentenwahl verloren haben, ihr politisches Programm hat sie weitgehend verwirklicht. Alles in allem steht damit nicht nur der amerikanische Traum für immer mehr Menschen in Frage, sondern auch das von Walzer gepriesene, auf der „Kunst der Trennung“ beruhende „Projekt Amerika“.